



Wo Dolmetschen Pflicht ist

In etlichen Ländern sind Übersetzer in Spitälern kostenlos. Die Schweiz hinkt hinterher.

Liliane Minor

Wer es in der Schweiz als Fremdsprachiger mit der Justiz zu tun bekommt, der muss keine Angst haben, mangels Sprachkenntnissen nicht zu seinem Recht zu kommen: Der Staat zahlt in diesem Fall die nötigen Dolmetschdienste. Anders ist das im Gesundheitswesen. Obwohl Patienten gemäss nationalem und internationalem Recht Anspruch darauf haben, über Diagnosen und Behandlungen verständlich informiert zu werden, sind Dolmetscher in den meisten Spitälern die Ausnahme. Das führt immer wieder zu Behandlungsfehlern und teils tragischen Missverständnissen - etwa, wenn eine Migrantin unabsichtlich abtreibt oder unterbunden wird, ohne zu verstehen, was das bedeutet.

Zwar betreibt der Bund einen nationalen Telefon-Dolmetschdienst, der rund um die Uhr zur Verfügung steht. Nur ist dieser Dienst für die Nutzer kostenpflichtig; die Krankenkassen finanzieren die Leistung nicht. Beim Bundesamt für Gesundheit ist das Thema seit Jahren auf der Traktandenliste, es gibt zahlreiche Studien dazu, die alle zum selben Schluss kommen: Übersetzungsleistungen sollten von der Grundversicherung übernommen werden. Dieser Ansicht ist auch der Zürcher Regierungsrat, wie er in einer Antwort auf einen Vorstoss des Kantonsrats bekräftigte. Der Spitalverband H+ fordert ebenfalls, Dolmetschdienste sollten kassenpflichtig werden. Politisch ist allerdings noch nichts spruchreif.

England ist vorbildlich

Die Schweiz ist nicht das einzige Land, das sich mit dem Problem schwertut;

auch Deutschland und Österreich ringen um eine Lösung. Andere Länder sind hingegen deutlich weiter. Das zeigt eine Recherche von Interpret, der Interessengemeinschaft für interkulturelles Dolmetschen. Vorbildlich ist demnach beispielsweise England. Dort sind Spitäler und regionale Gesundheitszentren verpflichtet, selbst bei einfachen Behandlungen Dolmetschdienste beizuziehen. Die Kosten trägt das staatliche Gesundheitssystem, die Patienten müssen nichts bezahlen.

Auch in Irland sind Übersetzerdienste im Gesundheitswesen für die Patienten kostenlos. Finanziert wird die Dienstleistung von den Spitälern und den Gesundheitszentren. Eine eindeutige gesetzliche Grundlage gibt es dafür zwar nicht, aber die Krankenversorger wollen so das Risiko von Behandlungsfehlern vermindern und mögliche Schadenersatzklagen abwenden.

Schweden und Norwegen betreiben nationale Dolmetschdienste, die über Steuern finanziert werden. Öffentliche Institutionen müssen diese im Umgang mit fremdsprachigen Menschen von Gesetzes wegen beiziehen - das gilt auch für Spitäler und andere Anbieter im Gesundheitswesen. In den Niederlanden finanzierte der Staat bis ins Jahr 2011 einen Telefon-Dolmetschdienst, danach stellte das Land die Zahlungen aus politischen Gründen ein.

Auch Australien und die USA verfügen über gut ausgebaute Übersetzungsdienste. In Australien haben alle Ärzte, Apotheker und weitere medizinische Fachpersonen aus kommunalen und nicht profitorientierten Organisationen Anrecht auf eine unentgeltliche Zusammenarbeit mit Dolmetschenden. Noch einen Schritt weiter sind manche Kliniken in den USA. Das Boston Medical Center beispielsweise hat 60 eigene Dolmetscher angestellt, die an farbigen Stickers erkennbar sind. Sie stehen nicht nur den Ärzten zur Verfügung. Patienten und Angehörige können sie auch direkt ansprechen, und sie besuchen von sich aus die Stationen und sprechen Patienten an.